

# Freibad sanieren und Hallenbad neu bauen



20.03.2018 - 01:12 Uhr

Die Partei Die Bürger will in der Sitzung des Rates der Stadt an diesem Donnerstag (ab 17 Uhr) erneut ihre Variante zur Entwicklung der Bäderlandschaft in Schwelm zur Diskussion stellen. Sie sieht den Neubau eines Hallenbades auf dem Gelände des heutigen Freibads und die Teilsanierung des Freibads vor.

„Durch den Verkauf des jetzigen Hallenbad-Geländes können die Investitionskosten geschmälert werden. Die Teilsanierung des Freibades wird hier die von Ernst und Young ermittelten Kosten reduzieren, denn das Konzept sieht die Nutzung der Allgemeinbereiche durch Hallenbad und Freibad vor, so dass die Allgemeinbereiche vom Freibad durch den Neubau des Hallenbades entfallen“, schreiben Olaf Stutzenberger und Johanna Burbulla in ihren Erläuterungen. In Summe wären dies Variante 3B1 (Hallenbad ohne Sauna) plus Variante 2B (Sanierung des Freibades) für ungefähr 13,5 Mio. Euro nach E+Y, wobei die geringeren Kosten der Freibadsanierung auf Grund der Allgemeinbereiche noch nicht berücksichtigt sind.

Zusätzliche Betriebskosten seien dabei nicht zu erwarten, da beide Bäder (Hallen- und Freibad) heute schon existierten und die Betriebskosten allenfalls in derselben Höhe anfallen würden. Die Bürger gehen vielmehr durch Neubau mit Einbeziehung von erneuerbaren Energien eher von geringeren Betriebskosten aus.

Gleichzeitig fordern die Bürger in ihren Antrag, gezielt nach Fördermöglichkeiten zur Realisierung des Projekts zu suchen. Das zum Beschluss anstehende Gutachten sollte nicht nur klären, ob Freibad und Hallenbad Platz am Ländchen hätten.

Die Bürger wünschen sich vielmehr eine Erweiterung des Auftrags. Untersucht werden sollte darüber hinaus auch, ob die angestrebten Lösungen zur Bäderlandschaft technisch machbar sind und ob die Bodenbeschaffenheit eine Realisierung des Projekts zulässt.

Nach einer sehr emotional geführten Diskussion im jüngsten Hauptausschuss hatten auch die Grünen eine Erweiterung des Gutachtens gefordert. Fraktionsvorsitzender Marcel Gießwein beantragte als zusätzliche Beschlussvorlage für den Rat: „Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem geplanten Gutachten u.a. auch ein hydro-geologisches Gutachten einzuholen“.